

„Politische Bildung“ an der Hochschule –  
Ein Statement aus bildungstheoretischer Perspektive  
(Carsten Bünger)

Aus einer bildungstheoretischen Perspektive gehe ich einerseits davon aus, dass Bildungsprozesse in einer konstitutiven Beziehung zum Politischen stehen: Als Prozesse werdender und sich wandelnder Subjektivität im Sinne von konkreten Selbst- und Anderenverhältnissen, verweist Bildung nicht nur auf soziale Kontexte, sondern auch auf je spezifische Formierungszusammenhänge. Die Bildung des Subjekts lässt sich als spannungsreiches Verhältnis von reflektierter Handlungsfähigkeit und normalisierender Unterwerfung, von sozialer Anerkennbarkeit und zu verkörpernder Identität usw. ausbuchstabieren. Bildungsprozesse sind insofern mit produktiven Machtdynamiken und Herrschaftsformen verschränkt, ohne in Sozialisation aufzugehen. In einem ersten lapidaren Sinne ist jede Bildung politisch. Andererseits aber heißt das weder, dass in der Reflexion auf Bildungsprozesse diese in ihrem Verhältnis zum Politischen thematisch werden, noch sind damit die expliziten Politisierungsprozesse angemessen beschrieben, in denen Aspekte der sozialen Ordnung problematisiert und andere Gestaltungsweisen eingefordert werden. Beides verlangt eigene Zugangsweisen, die quer zu den übrigen Bildungsangeboten und -verständnissen liegen.

*Was heißt das für die Reflexion außerschulischer politischer Bildung an Hochschulen?*

Anknüpfend an das traditionelle Versprechen von Hochschulen, Bildung im Medium der Wissenschaft zu ermöglichen, wäre auch ‚politische Bildung‘ hier weniger als Qualifikationsgegenstand zu betrachten, sondern – im Sinne der Einheit von Forschung und Lehre – als Bezugspunkt vielfältiger Auseinandersetzungen. Das Charakteristische wissenschaftsbezogener Auseinandersetzungen liegt in der Betonung von offenen Fragestellungen, die aufgrund ihrer Unabschließbarkeit sowohl für Bildungsprozesse wie für wissenschaftliche Theoriebildung produktiv werden können. Dazu gehört insbesondere, den Gegenstand und Zweck von politischer Bildung nicht von vornherein für geklärt zu erachten. Vielmehr kommt es darauf an, die sich mit den Bestimmungen des Politischen wie auch von Bildung ergebenden Probleme ernst zu nehmen bzw. umgekehrt – entlastet von

vereindeutigenden Definitionen – sich den unterschiedlichen Phänomenen, Beschreibungs- und Denkmöglichkeiten von politischen Bildungsprozessen zu öffnen. Bemerkenswert ist hier, dass beide Begriffe, ‚Bildung‘ ebenso wie das ‚Politische‘, quer zu sozialen Subsystemen, Teilbereichen oder Institutionen liegen: So wenig Bildung schlicht das bezeichnet, was in Bildungsinstitutionen geschieht, so wenig erschöpft sich das Politische in den Verfahren, Institutionen und Prozessen *der* Politik. Beide begrifflichen Perspektiven scheinen darin eine Nähe zu haben, dass es jeweils um nicht fixierbare Konstitutionsprozesse geht: um Selbstauseinandersetzungen, die nicht in einer Identität oder schließlich verwirklichten Autonomie ihren Abschluss finden, im Begriff der Bildung; um die stets prekäre Durchsetzung und Etablierung, Rechtfertigung und Transformation der sozialen Ordnung im Begriff des Politischen. In diesem Zusammenhang wären unter anderem auch die unterschiedlichen Zielperspektiven zu befragen, die mit politischer Bildung verbunden werden, wie beispielsweise „Partizipation“ oder „Mündigkeit“, und auf ihre Effekte hin zu untersuchen.

Entsprechende (Weiter-)Bildungsangebote an den Hochschulen wären meines Erachtens nur angemessen in Kooperation zu konzipieren: Neben Erziehungs-/ oder Bildungswissenschaft, Sozialpädagogik bzw. Sozialer Arbeit, der Soziologie und Politikwissenschaft wäre zudem auch an die politische Philosophie zu denken wie an die in Teilen die kritische Sozialwissenschaft weiterführende kulturwissenschaftliche Perspektive auf die soziale Konstruktion von selbstverständlich scheinenden Zugehörigkeiten und Praktiken.

Vor diesem Hintergrund könnte der explizit wissenschaftsbezogene Beitrag solcher Auseinandersetzungen tatsächlich die Professionalität als Kennzeichen von Handlungsqualität in der außerschulischen politischen Bildung befördern; allerdings eher vermittelt über eine Haltung, die aus der Auseinandersetzung mit ambivalenten Unterwerfungsformen und sozialen Differenzierungs- wie Hierarchisierungsprozessen sowie den Problemen ihrer Kritik zu gewinnen wäre, als über die bloße Kombination von ‚Fachwissen‘ einerseits und ‚Vermittlungswissen‘ andererseits.